

# Rhein- und Lahn-Anzeiger

Amts-Blatt der



Stadt Nastätten.

Der Wagon des dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinenden Rhein- und Lahn-Anzeiger kostet in Nastätten sowie bei den auswärtigen Agenturen monatlich Mk. 6.—, frei ins Haus durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 24.—. Bestellungen können jederzeit erfolgen.

Einzelnummern finden im Rhein- und Lahn-Anzeiger weiteste Verbreitung und werden die halbpaltene Nonpareil- oder deren Raum mit Mk. 2.—, die Restnummer mit Mk. 4.— berechnet. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif. Im Falle gerichtlicher Verurteilung fällt jeglicher Rabatt fort.

Gründet 1878. Druck und Verlag: Müller'sche Buchdruckerei in Nastätten. Verantwortlich für die Schriftleitung: Paul Müller, Nastätten. Gründet 1878

Nr. 59 Nastätten, Samstag, den 20. Mai 1922 45. Jahrgang

## Was brachte uns Genua?

Mit großen Erwartungen sind wir vor fünf Wochen nach Genua gegangen; die Enttäuschung darüber, daß wir wenig, außer dem Vertrag mit Rußland, heimbringen, ist also nicht zu herb. Schließlich ist es seiner Regierung besser gegangen, als der deutschen, und dieses Resultat war an dem Tage voraussehen, als festgestellt, daß Lloyd George sich nicht würde dazu entschließen können, bis hierher und nicht weiter zu gehen. Die frühere Intimität der Entente ist wohl dahin, aber von einem offiziellen Bruch kann in absehbarer Zeit keine Rede sein. Wer gar mit einem französisch-englischen Konflikt gerechnet hat, aus dem Deutschland seinen Nutzen würde ziehen können, von dem sind die Verhältnisse auf der Gegenseite falsch beurteilt worden. Lloyd George ist gewaltig für die britischen Handelsinteressen eingetreten, die er mit der Wendung „Wiederaufbau des europäischen Wirtschaftslebens“ umschreibt. Die theoretischen Lehrlinge, die zu diesem Thema gefaselt worden sind, klingen sehr schön, aber die praktische Wirkung soll nachkommen. Immerhin wird man es in London anerkennen, daß er sich viele Mühe gegeben und einen Triumph für Poincaré in Paris verhindert hat. Der französische Ministerpräsident hat verhindert, daß die russische Frage gegen seinen Willen erledigt und die deutsche Reparations-Angelegenheit überhaupt nur berührt worden ist, aber er hat durch sein Verhalten bei allen Konferenzteilnehmern den Eindruck verstärkt, daß es so wie bisher in Europa nicht weitergehen kann. Und diese Erkenntnis bedeutet gerade keinen Gewinn für den französischen Staatsleiter.

Energisch haben sich die Russen ihrer Haut gewehrt. Mag man von dem Bolschewismus sonst denken was man will, der Moskauer Vertreter Tschitscherin hat sich als ein Diplomat von Energie und Schlagfertigkeit erwiesen, von dem mancher etwas lernen kann. Wenn die russische Frage in der holländischen Hauptstadt Haag weiter verhandelt werden soll, so haben die Moskauer günstige Aussichten. Sie können eher abwarten, wie die Entente, die ihnen schließlich ganz von selbst kommen wird. Die Lösung der russischen Angelegenheit liegt tatsächlich nicht im Willen der Entente, sondern in der Arbeitslust des russischen Volkes.

Über dem Ausgleich zwischen der Entente und Deutschland steht nach wie vor das große Fragezeichen, und es muß sich zeigen, was der Reichsfinanzminister Hermes in Paris erzielen wird. Frankreich hat Mangel in seinen Einnahmen, es empfindet aber die internationale Arbeitslosigkeit nicht so wie England. Wäre das der Fall, so würden wir wohl auf größere Konzessionen rechnen können, aber so heißt es wahrscheinlich für uns, einzuweichen und zu gedulden. Der europäische Burgfrieden ist ja ein Vorschlag mit schönem Namen, aber für Deutschland handelt es sich einseitig nicht um die Theorie, sondern um die Praxis des Portemonnaiefüllens und Zahlens. Auf Kombinationen brauchen wir nichts zu geben, sondern allein auf feste Abmachungen. Aus Genua sind unendliche Mengen von Depeschen verandt worden, von denen eine noch besser als die andere unterrichtet sein wollte. Und die positiven Resultate alles dieses Wortschwallens waren so ziemlich Null. Warten wir also, bis die Frucht, die wir vom Baume schütteln wollen, wirklich reif ist.

Was die deutschen Vertreter außer dem Vertrage mit Rußland aus Genua heimbringen, hätte eigentlich längst selbstverständlich sein sollen, die Aufhebung der Deffklassierung, die wir uns lange genug haben gefallen lassen müssen, aber heute ist eben nicht alles selbstverständlich, was dies sein sollte, und so ist es erfreulich, daß wir unsere Position verbessert haben. Frankreich hat zwar versucht, uns aus dem Salon des europäischen staatlichen Verkehrs wieder in das Wohnzimmer zurückzudrängen, aber es ist ihm nicht gelungen. Ob wir im Haag mit über Rußland beraten, kann uns schließlich egal sein, nachdem wir unseren Vertrag mit Moskau in der Tasche haben, die Hauptsache ist und bleibt, was in Paris herauskommen wird. Mit anderen Worten, ob die große internationale Anleihe erreicht werden wird und was uns dieselbe kostet. Wm.

## Die Haager Konferenz.

Die Beschlüsse der Alliierten Mächte über die anhaltende Konferenz in

Haag sind am Montag selbstverständlich von der politischen Unterkommission der Konferenz von Genua nach einer kurzen, formalen Debatte angenommen worden. Die Grundzüge dieser Beschlüsse sind nach einem amtlichen italienischen Communiqué folgende:

Die Prüfung der russischen Probleme wird einer Kommission von Sachverständigen übertragen, die von den einzelnen Regierungen zu ernennen sind.

Jeder Staat wird, sofern er es wünscht, einen Sachverständigen ernennen können. Die fünf einladenden Mächte (Italien, England, Frankreich, Belgien und Japan) werden je zwei Sachverständige ernennen, die ihrerseits aus ihrer Mitte einen engeren Ausschuss wählen werden.

Die Sachverständigenkommission wird im Juni in Haag zusammenzutreten und ihre Arbeiten innerhalb drei Monaten beenden. Die Russen ihrerseits werden Vertreter ernennen, die dann nach dem Haag berufen werden, um mit den Sachverständigen zu verhandeln. Die fünf obengenannten Mächte werden die Vereinigten Staaten einladen, zwei Vertreter zu ernennen.

Die Kommission der Alliierten und die neben ihr bestehende besondere Kommission der Russen sollen ihre Beratungen am 26. Juni beginnen.

In dem Protokoll heißt es weiter u. a. über die Möglichkeit von

### Separatverträgen mit Rußland.

Wenn in einer Frist von drei Monaten vom 16. Juni ab gemeinsame Anempfehlungen nicht vorgebracht werden könnten, oder wenn die vorgebrachten Anempfehlungen von den interessierten Regierungen nicht binnen einem Monat angenommen sind, wird es jeder Regierung freistehen, ein Separatverkommen mit der russischen Sowjetregierung zu schließen.

### Das Ende der Genua-Konferenz.

Mit diesen Beschlüssen ist die Genua-Konferenz erledigt. Den Russen sind die Beschlüsse mitgeteilt worden, und sowie deren Antwort vorliegt, wird eine Resolution der ersten Kommission abgefaßt werden. Nach Mitteilungen von englischer Seite rechnet man mit der Möglichkeit, daß am Sonnabend eine große Plenarsitzung der Konferenz möglich sein wird, wenn keine Zwischenfälle eintreten. In dieser großen Vollversammlung wird dann unter den föhlichen bombastischen Reden die Konferenz endgültig zu Grabe getragen werden.

## 1 Milliarde Dollars.

### Morgan's Vorschläge für eine Reparationsanleihe.

Der amerikanische Bankier Morgan, der an den Beratungen der von der Reparationskommission eingesetzten Sachverständigenkommission zur Vorbereitung einer Reparationsanleihe für Deutschland teilnehmen wird, ist bereits nach Paris unterwegs. Die Kommission wird am 24. Mai zusammentreten. Wie aus New York gemeldet wird, wird Morgan ihr einen vollständig ausgearbeiteten Plan zu einer internationalen Anleihe für Deutschland vorlegen. Vorbedingung sei für die Durchführung des Planes, daß die Reparationskommission der von Morgan geleiteten Finanzgruppe freie Hand läßt zu einer bestimmten Regelung des Reparationsproblems. Die Anleihe soll vorläufig in Höhe von 1 Milliarde Dollar betragen.

### Dr. Hermes' Besprechungen in Paris

geben unterdessen weiter. Der Besprechung, die er bereits am Tage seiner Ankunft in Paris mit dem Präsidenten der Reparationskommission, Du Bois, geführt hat, sind weitere Unterredungen mit den übrigen Mitgliedern der Reparationskommission gefolgt, so mit dem englischen Delegierten John Bradburn, dem belgier Delecreux und dem Italiener Magliero und dem Amerikaner Bond. Es muß betont werden, daß diese Besprechungen noch keinerlei offiziellen Charakter tragen und Verhandlungen mit der Reparationskommission als solcher nicht stattgefunden haben.

### Die deutschen Vorschläge

beruhen nach dem „Cablogramme“ auf zwei Hypothesen, deren Verwirklichung nicht einzig und allein vom guten Willen der deutschen Regierung abhängt, nämlich dem eventuellen Erfolg einer internationalen Anleihe und auf dem Ergebnis der inneren Zwangsanleihe.

## Verpfändung von Böden und Eisenbahnen.

Ein bekannter Londoner Bankier kennzeichnet der „Westminster Gazette“ die Bedingungen, die Morgan der Reparationskommission für Bewährung einer internationalen Anleihe für Deutschland als notwendig vorschlagen will, folgendermaßen:

Zunächst müßte eine Vereinbarung zwischen den Alliierten zustande kommen, um den augenblicklichen Reparationsbetrag auf eine vernünftige Summe herabzusetzen. Zweieinhalb Milliarden Pfund Sterling (50 Milliarden Goldmark) würden als solche Summe angesehen, wobei noch in Aussicht gebracht werden müßte, was Deutschland bereits gezahlt habe, und was unter Ausschluß des abgetretenen Staatsbesitzes Sir Robert Horne auf 200 Millionen Pfund Sterling veranschlagt habe. Auf dieser Grundlage dürfte Deutschland, wie angenommen werde, in der Lage sein, den Zins- und Amortisationsbetrag für seine Schulden aufzubringen.

Wenn Deutschland eine Anleihe erhalten müßte es bereit sein, Garantien in Gestalt eines Pfandrechts auf die Böden zu geben, und müßte außerdem eine Nebensicherheit, wie z. B. die Eisenbahnen, für die Bezahlung seiner Zinsen bieten und zu gleicher Zeit allmählich den Druck von Papiergeld einstellen.

## Amerikas Ablehnung.

### Amerika wünscht klare Bestimmtheit.

Als Antwort zur Einladung der Vereinigten Staaten zur Konferenz in Haag hat der amerikanische Botschafter Child dem Minister Schanzer eine Note seiner Regierung überreicht, in der es heißt:

Die amerikanische Regierung ist nicht in der Lage, zu dem Schluß zu kommen, daß sie in erspriehlicher Weise an der Haager Konferenz teilnehmen kann, da diese Konferenz offenbar eine Fortsetzung der Genua-Konferenz unter anderem Namen sein würde, und da diese Konferenz der Natur der Dinge nach in gleicher Weise auf die gleichen Schwierigkeiten stoßen muß, falls die in dem russischen Memorandum vom 11. Mai angenommene Haltung unverändert bleibt. Die unausbleibliche und letzten Endes entscheidende Frage ist offenbar die Wiederherstellung der Produktionsfähigkeit in Rußland. Die wesentlichen Vorbedingungen müssen noch geschaffen und der Natur der Dinge nach innerhalb Rußlands selbst geschaffen werden. Während die amerikanische Regierung stets der Ansicht gewesen ist, daß diese Vorbedingung durchaus klar zutage liegen, ist sie stets bereit gewesen, gemeinsam mit den gegenwärtig einladenden Mächten eine Sachverständigenkommission zum Studium der wirtschaftlichen Lage in Rußland und der notwendigen Mittel zu ihrer Besserung festzusetzen.

Die amerikanische Regierung ist durchaus bereit, allen Vorschlägen, die von der Genua-Konferenz oder einer späteren Konferenz ausgehen würden, ernste Beachtung zu schenken. Aber sie ist der Ansicht, daß die offenbar als Antwort auf das russische Memorandum vom 11. Mai erfolgten gegenwärtig vorliegenden Anregungen angesichts des Wortlautes seiner Note nicht die klare Bestimmtheit besitzen, welche es der amerikanischen Regierung erfordern würden, ihre Hand zu dem vorgeschlagenen Konferenzplan zu bieten.

### Die Antwort auf die amerikanische Note.

Ueber diese am Dienstag überreichte Note hatten noch am selben Tage Child, Faeta, Schanzer und Lloyd George diskutiert. Sie beschloßen, daß die Konferenz von der amerikanischen Regierung Aufklärungen über die Absichten der amerikanischen Regierung verlangen will. Eine entsprechende Antwortnote wurde noch im Laufe des Nachmittags abgefaßt und nach Washington telegraphiert. Die allgemeine Auffassung ist die, daß Amerika in irgend welcher Form an der Lösung der russischen Frage teilnehmen wird.

## Das Buch des Kronprinzen.

Der ehemalige deutsche Kronprinz, der auf der holländischen Insel Wieringerseemond seit dem 9. November 1918, seinen 40. Geburtstag feierte, sieht in seiner äußeren Erscheinung um 7-8 Jahre jünger aus. Vielleicht liegt darin der

Grund, daß er politisch als junger Mann hingestellt worden ist, der nicht ganz ernst zu nehmen sei, und dieser Umstand hat ihn mit veranlaßt, in dem wiederholt erwähnten Buche zu zeigen, daß er doch ein wesentlich anderer und innerlich geleiteter Mann ist, als viele von ihm behauptet haben.

Der Inhalt des Buches hat vielleicht manchen von diesem überrascht. Von den preussischen Herrschern und ihren Thronerben ist mit Recht gesagt worden, daß sie stets verschieden gewesen seien. Auf den prunkliebenden Friedrich I. folgte der sparsame und raube Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I., dessen Erbe Friedrich der Große von seinem Vorgänger nicht weniger verschieden war, als von seinem Nachfolger, dem verschwenderischen Friedrich Wilhelm II. Der nüchterne und selbständige Friedrich Wilhelm III. bildete den geraden Gegensatz zu dem „romantischen“ Friedrich Wilhelm IV., dessen Bruder der pflichttreue, einsichtsvolle Kaiser und König Wilhelm I. war. Kaiser Friedrich hatte stark liberale Anschauungen, während sich in Wilhelm II. moderne Einflüsse und unverrückbares Gottesgnadentum in seltsamer Weise vereinigt.

Und Wilhelm II. Sohn stellt sich als ein politisch wie sozial modern gerichteter Mann dar, der offen erklärt, daß er nur dem einmütigen Willen der deutschen Nation folgen würde, wenn dieser an ihn ergäbe sollte. Er hält auch nicht mit einer ehrerbietigen Kritik der Regierungsgrundzüge seines Vaters zurück, wenn er ihnen nicht beistimmen kann, und man ersahrt bei dieser Gelegenheit, daß es wiederholt recht scharfe Gegenätze zwischen dem Kaiser und seinen Kindern gegeben hat, die wohl kaum der großen Öffentlichkeit hätten verborgen bleiben können, wenn die Kaiserin nicht versöhnend gewirkt hätte.

Eigenartige Anschauungen, bei denen die Meinungsverschiedenheit mit seinem Vater besonders zum Ausdruck kommt, entwickelt der Prinz über England und König Edward VII., seinen Großvater. Er meint, daß hier auf deutscher Seite erhebliche politische Fehler gemacht worden seien, denn der englische König hätte lieber mit Deutschland zusammengehen wollen, als mit Frankreich. Auch in der Haltung der Reichsregierung im Juli 1914 sieht er einen Fehler und meint, wir hätten Oesterreich seinen Streit mit Serbien allein ausbrechen lassen und dies sofort und energisch in Wien erklären sollen. Der Kronprinz bezieht auch nicht in der vorgerückten Kriegszeit so optimistische Hoffnungen über den Kriegsausgang, er rief bereits 1915 dringend zum Frieden und wiederholte diese Ermahnungen noch dringender 1917. Grundsätzlich wirt das Zugeständnis, daß der Kaiser im Hauptquartier zu Spa vor seiner Abreise nach Holland „ganz allein“ gestanden habe.

Diese Veröffentlichungen tun dar, daß der frühere Thronerbe es sich nicht bequem gemacht hat, für das Verhängnis, von welchem Deutschland und sein Haus betroffen worden ist, irgend welche Sündenböcke zu suchen, sondern daß er alles gewissenhaft geprüft und auch sich selbst nicht gescheut hat. Jedenfalls ist der heute vierzigjährige ein anderer Mann, als ihn viele sich vorzustellen liebten, keineswegs ein oberflächlicher Mensch, der nur sportliche und andere ähnliche Interessen hatte. Eine solche „Entdeckung“ ist bei Thronanwärtern nicht selten; auch König Edward von England schien es etwas ganz, ganz anderes zu sein, als er sich später erwies. Wm.

## Oberschlesiens Schicksal.

Montag nachmittag wurde in Genf das deutsch-polnische Abkommen über die Regelung der Uebergangsverhältnisse in Oberschlesien von dem Bevollmächtigten des Deutschen Reiches und der Republik Polen in öffentlicher Schlussföhung unterzeichnet.

In einer längeren Ansprache verließ Präsident Calouder seiner Beugnung darüber Ausdruck, daß es nach Befriedigung anfangs unüberwindlich scheinender Schwierigkeiten gelungen war, das Werk zu vollenden.

Ihm antwortete Reichsminister Schiffer mit Worten des Dankes. Aber während die Befriedigung des Präsidenten Calouder über die getroffene Vereinbarung vollkommen sei, dürfen und können wir Deutsche unmaßlich zufrieden sein. Auf uns lastet der Anlaß, der zu diesem Vertrage geführt hat. Sie haben selbst loben die obereschlesische Frage als eine der schmerzlichen bezeichnet, die her

Vertrag von Versailles aufzuwerfen. Sie haben damit die Wunde berührt, die uns brennt. Der Akt, den ich jetzt unterzeichnen werde, ist

der letzte Akt einer Tragödie, die aber für uns nicht ein bloßes Schauspiel, sondern grausame Wirklichkeit ist. In den Verhandlungen nach Versailles sind nicht die freie Betätigung des eigenen Willens, sondern der Zwang der Entscheidung vom 20. Oktober 1921.

Die Reichsverwahrung, die gegen sie eingesetzt worden ist, besteht fort. Sie wird durch meine Unterschrift unter den vorliegenden Vertrag nicht berührt. Aber die Tatsache, daß mit dieser meiner Unterschrift, wenn sie die verfassungsmäßige Zustimmung des Deutschen Reichstages erhält, der Tag näher rückt, der die Abtretung eines großen Teiles Oberschlesiens zur Ausführung bringt, der abermals Tausende von treuen Deutschen vom deutschen Volke trennt, läßt keine wahre Genugtuung, keine echte Befriedigung bei uns aufkommen.

Der polnische Bevollmächtigte Dłusowski dagegen rühmte die durch die Vorkonferenzen getroffene Entscheidung und bezeichnete die obereschlesische Frage als durch das gegenwärtige Abkommen endgültig gelöst.

Präsident Calonder ist zum Vorsitzenden der gemischten Kommission für Oberschlesien ernannt worden. Zum Vorsitzenden des deutsch-polnischen Schiedsgerichtes wurde der Leiter der Redaktionsabteilung bei den deutsch-polnischen Verhandlungen, Professor Katenbeck, bestimmt.

Die Ueberleitung Danzigs. Bei den Verhandlungen zwischen Danzig und Polen, die gleichfalls in Genf stattfanden, wurde eine Vereinbarung getroffen, wonach Polen sich bereit erklärt, auf der Grundlage des deutsch-polnischen Ueberleitungsabkommens ein ähnliches Ueberleitungsabkommen zwischen Danzig und dem Deutschen Reich unter Berücksichtigung der Wünsche der drei Staaten abzuschließen. Gleichzeitig erklärt sich die polnische Abordnung bereit, über den Abschluß eines Rechtspflegeabkommens zwischen Danzig und Polen einerseits und dem Deutschen Reich andererseits sofort in Verhandlungen einzutreten.

### Erhöhung der Gütertarife.

Um 25 Prozent ab 1. Juni. Die Reichsbahn sieht sich, wie sie amtlich mitteilen läßt, bereits zum 1. Juni gezwungen, die Güter-, Tier- und Expressgütertarife um 25 Prozent zu erhöhen. Die Verteuerungsdifferenz aller von der Eisenbahn gebrauchten Stoffe hat sich von 80 im Monat April auf 92 im Monat Mai erhöht. Die tatsächlichen Ausgaben der Reichsbahn steigerten sich dadurch um rund 7 Milliarden. Dazu kommt vom 1. Mai ab die Erhöhung der Bezüge der Beamten und Arbeiter um rund 12 Milliarden, so daß für das Rechnungsjahr 1922 rund 19 Milliarden zu bedenken sind.

Von einer Erhöhung der Tarife im Personen- und Gepäckverkehr soll bis auf weiteres Abstand genommen werden.

Die neue Erhöhung soll gleichzeitig mit den bisherigen Erhöhungen demnächst in die Tarife organisch eingearbeitet werden; bei dieser Einarbeitung werden die Eisenbahnbeiräte mitwirken. Gleichzeitig soll von ihnen die Frage behandelt werden, wie den Gefahren vorzubeugen ist, die der Schiffahrt aus der derzeitigen starken Stauung der Eisenbahntarife erwachsen.

### Gewerbebeschau München 1922.

In München wird ein neuer Beweis deutschen Könnens und deutscher Arbeit

gezeigt. Die deutsche Gewerbebeschau, die als bedeutendstes Wahrzeichen die Kräfte des Erfinders, des Kunstlers und des Arbeiters trägt, ist eine würdige Fortsetzung der in den letzten Jahren auf Messen und Ausstellungen im Deutschen Reich geleisteten Werte. Mit Recht konnte daher der Präsident der Gewerbebeschau, Prof. Scharvogel, in seiner Begrüßungsrede bei der Eröffnung betonen, daß die Gewerbebeschau dazu angeht, der deutschen Arbeit die Stellung wieder zu erringen, die uns als einem großen, friedfertigen Kulturstaat gebührt.

Der bayerische Ministerpräsident äußerte sich bei Beginn der Ausstellung in ähnlichem Sinne, während der Reichsminister Dr. Brüderer sie ein leuchtendes Symbol unserer Zeit nannte, die aus langen Jahren tiefsten Elends langsam aber sicher wieder emporführe. Die deutsche Gewerbebeschau solle ein Symbol für das Deutschland der Zukunft sein, Deutschland werde nicht gefunden, ohne eine Gesundung seiner Stände. Auch der Reichspräsident, der die Abfahrt hat, persönlich München zu besuchen, sandte seine Grüße zur Gewerbebeschau.

### Deutscher Reichstag.

— Berlin, 16. Mai 1922.

Die gestern unterbrochene Debatte über den Postetat legt der Bamberger Domkapitular Reichert (Bayer. Vp.) mit weiteren Klagen über den jetzigen Postbetrieb fort. Er warnt vor zu weitgehender Zentralisierung des Postbetriebes, in Bayern und Württemberg gebe es manche Einrichtungen, die besser seien als im übrigen Reich. Auch die Gebühren sind ihm zu hoch, er stellt Sowiervorstand als warnendes Beispiel hin. Im übrigen bringt er bayerische Einzelwünsche vor, auf die ihm der Reichspostminister Giesberts Antwort erteilt.

Abg. Bruhn (Dnat.) stellt Vergleiche zwischen der Kaiserlichen Post 1913-14 und der heutigen Reichspost an, die nicht zugunsten der letzteren ausfallen. Es habe zu viel Beamte. Durch die dauernden Gehührenerhöhungen mache sich die Post zu einem Institut gegen den Verkehr.

Staatssekretär Tende erklärt sich bereit, eine Politik der Sparsamkeit mitzumachen, befreit aber, daß zuviel höhere Beamte vorhanden sind.

Staatssekretär Bredow weist darauf hin, daß die Drahtdiebstähle bei der Telegraphie riesigen Umfang angenommen haben. Zum Schutz der Linien müßte eine besondere Organisation eingerichtet werden. Das deutsche Fernsprechwesen könne einen Vergleich mit dem Ausland wohl aushalten. Nur Amerika übertriffe uns durch die riesige Ausnutzung seiner Technik. Weiswerden über falsche Fählungen beim Fernsprecher seien nur wenige eingegangen (?). Manche langsame Telegrammabfertigung erkläre sich aus der ungenügenden Adressierung.

Man tritt dann in die Einzelberatung ein. Es folgen eine Reihe von Bestimmungen, wobei Anträge auf Berücksichtigung des platten Landes, auf Sicherung einzelner Beamtengruppen, auf Entfernung von Kaiserbildern aus Amtsräumen usw. angenommen werden, dagegen u. a. ein unabhängiger Antrag, daß Beamtinnen, die uneheliche Mütter geworden sind, deswegen keine Nachteile haben dürfen, abgelehnt wird.

Nach längerer Einzelaussprache wird die Beratung des Postetats und des Etats der Reichsdruckerei abgeschlossen.

Zum Etat des Reichsarbeitsministeriums verlangt der Ausschuss eine Denkschrift über die Hilfsmassnahmen für die Kleinrentner.

Nach dem Auschussbericht des Abg. Hoch (Soz.) wird die Beratung abgebrochen. Vizepräsident Well teilt mit, daß Abg. Jaub (Bayer. Vp.) plötzlich verstorben ist. Er wendet ihm einen warmen Nachruf.

— Berlin, 17. Mai 1922.

Das Haus legt heute die Beratung des Haushaltes fort, und zwar bei dem Etat für

### Reichsarbeitsministerium.

Die Vespredung legt ein mit einer ausführlichen Rede des Reichsarbeitsministers Brauns über die besonders umfangreiche gesetzgeberische Tätigkeit dieses Ministeriums. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Volk und Staat sich miteinander vernachlässigen mögen. Eine Besserung in Bezug auf Leistungen und Arbeitsfreude sei unverzichtbar. Grenzen in der Sozialpolitik würden uns besonders gezogen durch unsere Finanzen, unseren Gütervorrat und unsere Gütererzeugung. Der Staat habe nichts wertvolleres als die Arbeitskraft seiner Bürger, die geschützt werden müsse.

Die Abg. Frau Schröder (Soz.) ist im allgemeinen mit dem Ministerium zufrieden, verlangt aber weiteren Ausbau der Arbeiterinanspruchnahme. Der deutsch-nationale Abg. Behrens fordert eine einheitliche Gestaltung des Arbeitsrechtes. Im nächsten Tag müsse in den acht Stunden auch wirkliche Arbeit geleistet werden. Als Beispiel stellt Redner die Bauern und Landarbeiter hin, die im Interesse der Volksernährung länger als acht Stunden arbeiten wollen. Der Terrorismus auf dem Lande müsse endlich aufhören.

Der Abg. Karsten (U. S.) schimpft und versteigt sich zu der kühnen Behauptung, das Arbeitsministerium sei ein „Arbeitsgouvernement“.

Der Abg. Andre (Ztr.) ersucht, die besonders wichtigen Gesetze zuerst einzubringen. Bei den vielen Gesetzen müsse man aber auch auf das Publikum Rücksicht nehmen. Redner wünscht Beibehaltung der Selbstständigkeit der Angestelltenversicherung und weiteren Ausbau derselben.

Für ein wirtschaftliches Unglück hält der Sprecher der Deutschen Volkspartei, Abg. Moldenhauer, den scheinartig angewandten Achtstundentag. Im übrigen vertritt der Redner Mitarbeit seiner Partei am Ausbau des Arbeitsrechtes. Soziale Grundprobleme ruft der Demokrat Erlesen auf. Seine Forderung ist die soziale Selbstverwaltung der Gewerbe und Betriebe und die Entstaatlichung der sozialen Fürsorge.

Abg. Schwarzer (Bayer. Vp.) bedauert das geringe sozialpolitische Verständnis in Deutschland. Der Kommunist Barth ist natürlich der Ansicht, daß der Minister seine Pflicht nicht getan habe.

### Preussischer Landtag.

— Berlin, 16. Mai 1922.

Die Auslieferung der italienischen Komunisten Bombenwerfer Bolchini, der bereits ausgeliefert worden ist, Ghessi und Bachi, deren Auslieferung von Italien verlangt wird, bildet den Gegenstand einer heftigen Debatte. Ein von Dr. Meyer-Dittrich (Komm.) begründeter Antrag fordert, daß Ghessi und Bachi nicht ausgeliefert würden und Bolchini Auslieferung mißbilligt werde. Es handelte sich bei allen dreien um Idealisten, ihre Delikte seien politischer Art.

Der sozialdemokratische Innenminister Seeringer erklärt, daß Preußen durch Abkommen verpflichtet war, den des Nordes beschuldigten Bolchini auszuliefern. Ein gemeinsames Verbrechen könne nicht deshalb als politisch behandelt werden, weil es in Verbindung mit einer politischen Aktion begangen worden sei.

Die Kommunisten machen wie üblich Gärn, was natürlich nicht hindert, daß ihre Anträge glatt abgelehnt werden.

Man wendet sich dann wieder dem Vergehet zu. Abg. Seidel (D. Vp.) begrüßt die Absicht, die Bewirtschaftung der staatlichen Bergwerke umzustellen. Wir brauchen freie Entfaltung. Er hofft, daß durch Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern das Ziel erreicht wird.

Auch Abg. Etter (U. S.) wünscht eine Umgestaltung der Bergwerke, wenn auch in etwas anderem Sinne. Er läßt über die unerträgliche Kohlensteuer.

Abg. Fischbeck (Dem.), der frühere Handelsminister, meint, arundleandende Be-

rechnungen der im letzten Kohlenjahr seien nur möglich, wenn die internationale Beschleunigung der wirtschaftlichen Vorgänge auch im Ausland beachtet wird. Genna habe das nicht gerade gezeit. (Sehr wahr!) Unsere Bergarbeiter müssen Ueberlastungen leisten, damit wir nicht wieder eine so große Kohlenkatastrophe erleben. Eine so große Verteilung besser funktionieren. Das unglückliche Wort: Heran an die Weltmarktpreise! bedeute eine künstliche Dinaufschraubung der Preise. Wir wollen doch unsere Handelsbilanz möglichst günstig gestalten und die Wirtschaft vor dem Verbluten bewahren. Wir müssen alles daran setzen, um die Kohlenförderung in den uns geliebten Teilen Oberschlesiens zu heben und die für uns ästhetischen Bestimmungen des Versailler Vertrages Polen gegenüber durchzuführen. Zu den geplanten Umstellungen meint auch er, daß sie nach kaufmännischen Grundsätzen erfolgen müsse, die beste in Frage kommende Form sei die der Aktiengesellschaft.

— Berlin, 17. Mai 1922.

Sang- und Klanglos verabschiedet das Preußenhaus zu Beginn der Sitzung die neuen Beamtenforderungen, die Preußen 4 Milliarden Mark kosten, in allen drei Lesungen, um dann den Vergehet, zu dem Abg. Sobotta von den Kommunisten sich über Bergarbeiterfragen verbreitet, weiter zu besprechen. Die erfreuliche Feststellung, daß die Friedensleistung der Bergarbeiter nicht nur wieder erreicht, sondern sogar überschritten sei, macht der obereschlesische sozialdemokratische Abg. Franz.

Von der Regierung nimmt Minister Siering das Wort. Er stellt verschärfte Sicherungsbestimmungen in Aussicht und geht auf Einzelwünsche näher ein. Nach dem Minister stellt der Zentrumsgewählte über Bergarbeiterfragen verbreitet, ein recht gedeihliches Zusammenarbeiten zwischen Betriebsräten und Verwaltung auf den Gruben bestehe.

Der deutsch-nationale Abg. Martin wendet sich scharf gegen die Kohlenforderungen Frankreichs, die unsere Kohlenproduktion zu Grunde richten. Er fordert größte Ausnutzung der uns in Oberschlesien verbliebenen Gruben. Unter großer Unruhe kommt dann der Abg. Pinneril (D. Vp.) zum Wort. Er setzt sich scharf mit den parteipolitischen Praktiken der meisten Betriebsräte auseinander und fordert unter großem Radau der Kommunisten die Beachtung der gesetzlichen Befugnisse von den Betriebsräten.

Der unabhängige Abg. Heinkelmann ist davon überzeugt, daß die Frachtermäßigung für Kartoffeln Unsinn sei. Er will den Landwirten lieber zu Leibe. Der demokratische Abg. Hartmann fordert Steigerung der Produktion.

### Deutsches Reich.

Die neue deutsche Zahlung. Die Reparationskommission veröffentlicht eine offizielle Note, die erklärt, daß Deutschland am 15. Mai auf der von der Garantiekommision bezeichneten Bank eine Zahlung von ungefahr 50 Millionen Goldmark geleistet habe als zweite monatliche Teilzahlung, die Deutschland nach den Bestimmungen der Reparationskommission vom 21. März zu erfüllen hat. Die erste Teilzahlung von ungefahr 13 Millionen Goldmark war am 15. April erfolgt. Im Anschluß an diese Note wird bemerkt, daß infolge des gegenwärtigen Kuriers der Wert dieser Zahlung von „ungefahr 50 Millionen Goldmark“ in Wirklichkeit sogar etwas über 50 Millionen ausmache.

Ein Dementi. In einem Beleidigungsprozess zwischen einem Redakteur des „Berliner Tageblattes“ und dem Antisemiten Kunze ist von ersterer Partei die Behauptung aufgestellt worden, daß Stinnes dem Kunze für dessen Zwecke 180 000 Mark zur Verfügung gestellt habe. Die Herr Stinnes gebührende „Deutsche Allgemeine Zeitung“ dementiert diese Behauptung in aller Form und erklärt weiterhin, daß Herr Stinnes auch die „Deutsche Soziale Partei“ niemals materiell oder sonstwie unterstützt hat.

### Spiken.

Roman von Paul Lindau.

4) (Nachdruck verboten.) Als die Diener das Handgepäck im Coupe untergebracht hatten, als die Tür vom Schaffner schon geschlossen war, und die beiden Damen mit den großen Kuffets in der Hand sich am Fenster drängten, und Ulrich gegenüber, der vom Herron zu ihnen mit einem eigentümlichen Ausdruck hinaufblickte, immer wiederholten, wie schade es sei, daß die schönen Tage nun vorüber seien, und wie viel sie ihm zu danken hätten, und als endlich im letzten Augenblick Ulrich auf das Trittbrett stieg und Allz die Hand entgegenstreckte, als sie dann den langen, sonderbaren Druck seiner Hand fühlte und ihn unbenutzt ebenso erwiderte, und als sich ihre Hände erst lösten in dem Augenblick, da der Wagen mit einem dumpfen Ruck sich vorwärts, Ulrich schnell abspringen mußte und nun der Zug langsam davonfuhr, — da mußte sie's, mußte sie's ganz genau!

Sie nickte und bog dann den Kopf zurück. Sie sah sich ganz erstaunt im Coupe um: erstaunt und hilflos, und ihre Blicke fragten ihre Eltern, was denn geschehen sei? Und es sie noch die Antwort darauf gefunden, fing sie plötzlich heftig an zu weinen, sie weinte und schluchzte und war gar nicht zu beruhigen. Die Eltern ließen es ruhig geschehen. „Wozu sollten wir das Kind so quälen!“ flüsterte der Fürst Karola zu. „Ulrich wird ja doch unser Sohn, und ich würde keinen,

der mir lieber wäre.“

Karola bewegte den Kopf zustimmend und wandte sich zu ihrer Tochter. Sie ergriff deren Hand und sagte zärtlich: „Weine nicht mehr, Allz. Der Fürst wird uns oft schreiben, wir werden antworten, und du darfst selbst deine Grüße darunter schreiben.“

„Wirklich?“ schluchzte Allz; sie lachte und meinte zu gleicher Zeit. Es war ihr wie eine Offenbarung. „Der gute Papa!“ rief sie, zu ihrem Vater hinüberblickend, und dann, ihre Mutter umarmend: „Engelsmama!“

Als der Zug in Köln hielt, wurden den Damen prachtvolle Kuffets, die Ulrich telegraphisch bestellt hatte, zugleich mit einer langen, vollkommen überflüssigen Depesche überreicht, deren einziger Zweck in den Schlupfwörtern zu suchen war: „Liegen Sie Ihren Damen alle meine Huldigungen zu Füßen, zugleich mit innigstem Danke für die schönen, mir unvergeßlichen Stunden. Ulrich.“

Zwischen Paris, wohin Ulrich Anfang September, gleich nach ihrer Trennung, veretzt worden war, und Menthin entspannte sich nun ein überaus reger Briefwechsel. Ulrichs erster Brief, in dem er sich „seiner jüngsten und anmutigsten Freundin, Prinzessin Allz, ganz besonders“ empfahl, wurde von der Fürstin beantwortet, und Ulrich schrieb darunter: „Lieber Ihre Grüße habe ich mich so gefreut, daß ich Mama gebeten habe, Ihnen selbst dafür danken zu dürfen. Vergessen Sie uns nicht ganz in dem lustigen Paris. Hier ist es sehr still! Ulrich.“

Es wahrte nicht lange, so schrieb Ulrich direkt an Allz. — es gehe ihm so leichter von der Hand, es berichte ihm die angenehme Täuschung, als ob er die gemütlichen Zwiegespräche am Strande fortsetze — und er bat die Eltern, den Brief auch als an sie gerichtet anzusehen. Darauf antwortete Allz ganz ausführlich, erzählte ihm tausend reizende Dinge und schloß mit den treuerzigen Worten: „Entschuldigend Sie nur, wenn ich mich mitunter etwas lässlich ausgedrückt habe. Aber da Mama meinen Stil kritisiert, bin ich in enger Verlegenheit. Ich kann nicht schreiben, wenn man mir über die Schulter sieht.“

Nun schrieb sich die beiden täglich. Sie hatten sich immer etwas zu sagen. Sie waren vollkommen unbelauscht, aber es floß kein Wort aus ihrer Feder, das nicht jedermann hätte lesen können. Und doch war der ungeschriebene Ton dieses gemütlichen Geplauders von überströmender Zärtlichkeit. Sie hatten sich über alles geeinigt: Wiedersehen in Berlin im Winter, unter Aufrechterhaltung des lästigen Zwangs, der von den Eltern für unerlässlich gehalten wurde, im Frühjahr aber ...!

Und nun war der Winter endlich da! Fürst Engelbert war schon seit Mitte November in Berlin, da im Herrenhause einige wichtige Gesegentwürfe zur Beratung standen. Er hatte in der Vorphase für sich und die Seinigen eine passende Wohnung gefunden. In den ersten Tagen des Dezember trafen Fürstin Karola und Allz ein, um bis zum Ende des Karnevals dort zu bleiben.

Ulrich hatte nur einen kurzen Weihnachtserlaubnis erwidern können. Er wurde am 21. Dezember morgens erwartet. An demselben Abend fand der Ball beim Baron von Heddersdorf statt, und Allz hatte es sich nun einmal in den Kopf gesetzt, vorher keinen Ball zu besuchen. Die Eltern hatten lächelnd den Wunsch ihrer Tochter erfüllt und ihre Antrittsbefehle so spät hinausgeschoben, daß die Einladung zu Heddersdorf in der Tat die erste war, die ihnen zuzuging.

Um vereinbarten Tage und zu festgesetzter Zeit traf Ulrich in Berlin ein und stieg im „Hotel Royal“ ab. Da fand er die Ball-einladung, auf die ihn Allz schon vorerledet, und die ihr Vater ihm befohrt hatte.

Er machte schnell Toilette und ging dann aus. Nachdem er bei Heddersdorf in der Behrenstraße seine Karten abgegeben hatte, begab er sich zum Fürsten von Heddersdorf, von dem er zum Frühstück erwartet wurde. Das Wiedersehen war überaus herzlich. Allz war sehr verschämt und ein glühendes Rot bedeckte ihre Wangen; aber sie hielt sich brav, sie hatte es ihrer Mutter versprochen, und Fürstin Karola hatte ihr erklärt, daß sie ihr Benehmen gewissermaßen als ein Zeugnis ihrer Reife ansehen werde. Bald herrschte die alte Gemütlichkeit unter ihnen, die beiden jungen Leute schwärmten von Scheveningen und freuten sich, daß der rege Briefwechsel die freundschaftlichen Beziehungen fortgekommen habe, daß sie sich noch näher getreten seien, und daß es so bleiben werde — „bis ich siebzehn Jahre alt und dann plötzlich verheiratet werde!“ sagte Allz mit einem komischen Seufzer hinauf. (F.)

Deutschitalienischer Eigentumsver-  
trag. In Venedig ist von Mathenar und  
Schanzer ein Vertrag unterzeichnet worden  
über die Wiederverteilung des in Italien be-  
findlichen früheren deutschen Eigentums.  
Deutschland muß einen noch genauer zu be-  
zeichnenden Betrag bezahlen.

Berücksichtigung der Zwangsan-  
leihe? Wie „L. U.“ von „autunnterrichteter  
Seite“ erfahren haben will, soll im Gegen-  
satz zu anderslautenden Meldungen beab-  
sichtigt sein, die Zwangsanleihe nach folgen-  
den neuen Gesichtspunkten durchzuführen.  
Bisher sollten Vermögen bis zu der Höhe  
von 250 000 Mark von der Zwangsanleihe  
verschont bleiben. Nach dem neuen Ent-  
wurf sollen bereits 100 000 Mark die Grenze  
für die Steuerfreiheit bedeuten. Zweitens  
sollte die Grenze der Verschonung mit 10  
Prozent erst bei 20 Millionen erreicht wer-  
den, nach dem neuen Entwurf bereits bei  
1 Million Mark. Da das steuerpflichtige  
Kapital in Deutschland auf 100 Millionen  
Goldmark geschätzt wird und der Entwurf  
eine 10fache Inlandentwertung der Mark  
vorseht, so würde die Zwangsanleihe bei  
einer Durchschnittsbelastung von 7 Prozent  
70 Milliarden Papiermark oder eine Gold-  
milliarde ergeben. Die in dem Entwurf  
angenommene 10fache Inlandentwertung  
der Mark dürfte aber zu niedrig gegriffen  
sein. Bei einer zwanzigfachen Entwertung  
der Mark, die den tatsächlichen Verhält-  
nissen entsprechen dürfte, würden sich die  
Einnahmen durch die Zwangsanleihe auf  
zwei Goldmilliarden erhöhen und hierdurch  
der Steuerzahler nicht mit 7 Prozent, son-  
dern mit etwa 15 Prozent belastet werden.

Weitere Ausdehnung der Angestell-  
tenversicherung. Der Sozialpolitische Aus-  
schuß des Reichswirtschaftsrats  
beriet dieser Tage den Entwurf eines Ge-  
setzes über Änderung des Versicherungs-  
gesetzes für Angestellte. Der für die Be-  
ratung des Gesetzentwurfes eingesetzte  
Unterausschuß hatte sich für Beseitigung  
der Doppelversicherung durch völlige Tren-  
nung der Invalidenversicherung und der  
Angestelltenversicherung entschieden. Für  
die Versicherungsleistungen waren neue  
Gehaltsklassen gebildet worden, als deren  
obere Grenze 80 000 Mark festgelegt wor-  
den. Die Aussprache bildete eine Ausein-  
anderlegung zwischen den Vertretern der  
Invalidenversicherung und denen der An-  
gestelltenversicherung. Beide treten für Be-  
seitigung der Doppelversicherung ein, wobei  
jedoch die Ersteren dieses Ziel durch Schaf-  
fung eines einheitlichen Versicherungsstra-  
gers, letztere durch Trennung beider Ver-  
sicherungen erreicht wissen wollten. Die  
Mehrheit entschied schließlich im Sinne der  
Beschluß des Unterausschusses.

Niemand will mit Dorten zu tun ha-  
ben, selbst die von ihm gegründete Organi-  
sation der rheinischen Sonderländer, die  
„Rheinische Volksvereinigung“ nicht. In  
einer sehr erregten Vorstandssitzung dieses  
Bundes in Bonn wurden Dr. Dorten und  
Dr. Viebling u. a. u. t. e. r. e. G. e. s. c. h. ä. t. s.  
p. r. a. k. t. i. k. e. n. und bewußte Unwahrheiten  
vorgeworfen. Mehrere Diskussionsredner  
erboten sich zu einem gerichtlichen Beweis,  
daß Dorten und Viebling Schwindler  
seien. Schließlich wurde einer Resolution  
zustimmend, in der der Ausschluß Dor-  
ten's und Viebling's aus der Rheinischen  
Volksvereinigung und die Lösung aller  
Verbindungen mit den in Koblenz er-  
scheinenden Dorten-Blättern ausgesprochen  
wird. Weiterhin wurde in der Sitzung  
festgestellt, daß Dorten von allen sei-  
nen Mitarbeitern schon seit gerau-  
mer Zeit verlassen worden ist.

Der Kreisstag von Halle wählte mit  
15 gegen 12 Stimmen den kommunistischen  
Arbeitersekretär Grabow zum Landrat.

Rom 21. bis 23. Juni findet in Inns-  
bruck der zweite Internationale Kon-  
gress des internationalen Bundes der Christ-  
lichen Gewerkschaften statt.

Kardinal Schulte für die deutschen Kriegs-  
gefangenen.

Bei Gelegenheit eines dienstlichen Be-  
suches in Koblenz machte Kardinal-Er-  
zbischof Dr. Schulte den Vorsitzenden der  
Internationalen Kommission, Tirard, auf die  
sehr peinlichen und harten Bedingungen  
aufmerksam, unter denen die deutschen Ge-  
fangenen in Frankreich zurückgehalten wer-  
den. Tirard hat seine Bereitwilligkeit, sich  
zu verwenden, zugesichert.

Neues Zeitungsverbot.

Die Interalliierte Rheinlandkom-  
mission hat die „Tägliche Rundschau“-Ver-  
kauf für drei Monate im besetzten Gebiet  
verboten mit der Begründung, daß ver-  
schiedene Artikel die Sicherheit und Würde  
der Besatzungstruppen zu beeinträchtigen  
geeignet seien. — Das am 3. März gegen  
das „Darmstädter Tageblatt“ ausgespro-  
chene dreimonatige Verbot ist auf Grund  
der vom Reichskommissar erhobenen Vor-  
stellungen von der Rheinlandkommission  
aufgehoben worden.

Ausland.

Frankreichs Defizit. Der französische  
Finanzminister hat in der Kammer den  
Entwurf für den Budgetvoranschlag für  
1923 verteilen lassen. Das Budget gelangt  
danach für die Ausgaben zu einer Total-  
summe von 23 680 Millionen Franken, wo-  
von 18 060 Millionen Franken durch ordent-  
liche Einkünfte und 25 Millionen Franken  
durch außerordentliche Einnahmequellen  
gedeckt werden. Das Defizit von an-  
nähernd 4 Milliarden soll nicht  
durch neue Steuern, sondern durch eine

Auflage aufgebracht werden. Dabei sind  
noch die angeblich durch die deutschen  
Kriegsentschädigungen zu bedeckenden „Aus-  
lagen“ gar nicht mitgerechnet. Der Finanz-  
minister führte zur Begründung der neuen  
Anleihe an, daß die Kreditwürdigkeit  
Frankreichs gegenüber Deutschland dem  
Ende entgegenstehe.

Eine Englandreise Poincarés. Poin-  
caré wird wahrscheinlich im Laufe des näch-  
sten Monats eine Englandreise antreten,  
und zwar anlässlich der von der englischen  
Hilfsliga veranstalteten Kundgebung für  
die Unterstützung der französischen Wieder-  
aufbauarbeit.

England.

Lloyd Georges kritische Lage. Aus  
London werden neuerdings wieder Ge-  
rüchte über eine bevorstehende Demission  
Lloyd Georges zum Ende des Sommers  
laut. Man spricht davon, daß die Neuwahl-  
en gegen den Herbst stattfinden sollen und  
daß wahrscheinlich Balfour, Chamberlain  
und Bonar Law an der neuen Regierung  
sich beteiligen werden. Diese Gerüchte fin-  
den ihre Begründung darin, daß die Re-  
gierung in der Frage der Lehrergehälter  
in der Minderheit geblieben ist, wenn auch  
nur mit 8 Stimmen. Allerdings ist damit  
noch nicht ein Anlaß zur Demission des  
Premiers zu setzen, dem zwischenfall wird  
aber immerhin eine große Bedeutung be-  
gemessen.

Amerika.

Das wahre Bild der „Flottenab-  
rüstung“. Die Bestimmungen von  
Washington über die Flottenstärke scheinen  
nun in ihrer Durchführung auf Schwierig-  
keiten zu stoßen. Noch kürzlich erklärte  
Chamberlain im Unterhause, daß Groß-  
britannien die amerikanischen Vorschläge  
für Herabsetzung der Flottenstärke mit dem  
Vorbehalt angenommen habe, daß die an-  
deren Mächte diese Bestimmungen ebenfalls  
befolgen. Nun hat aber Japan in der  
allerletzten Zeit seine Flotte durch 2  
Dreadnoughts verstärkt. Unter diesen Um-  
ständen sei das Gleichgewicht unter den  
Staaten ins Wanken gekommen und die in  
Washington aufgestellten Verhältnisse über-  
schritten worden. Die Vereinigten Staa-  
ten sehen sich nun gezwungen, auch ihre  
Einheiten durch moderne Typen in gleicher  
Weise zu verstärken, andererseits sieht auch  
England sich gezwungen, auf die Notwen-  
digkeit hinzuweisen, seine Flotte entspre-  
chend zu verstärken.

Das italienische Königspar wird  
Belgien vom 8. bis 15. Juni einen Besuch  
abstatten.

Der Belgrader Vertreter Italiens ist  
beauftragt worden, die offiziellen Beziehun-  
gen zwischen Italien und Südslawien wie-  
der aufzunehmen, damit ein Handelsver-  
trag zwischen beiden Ländern abgeschlossen  
werden könne.

Der serbische Ministerpräsident Pa-  
sitsch hat „aus Gesundheitsrücksichten“ sein  
Amt provisorisch niederlegen müssen. Mit  
seiner Vertretung wurde Trifkoffitsch, ein  
herausragendes Mitglied der serbischen  
radikalen Partei, beauftragt. Pasitsch hat  
sich in ein Bad in der Nähe von Serajewo  
begeben.

Im Laufe dieser Woche wird wahr-  
scheinlich eine neue Konferenz über die  
irische Frage stattfinden. U. a. werden da-  
ran teilnehmen: Churchill, Craig, Collins  
und Griffiths, um endlich einen dauernden  
Friedenszustand mit Irland zu erreichen.

In Belfast kam es erneut zu blutigen  
Zusammenstößen, bei denen 14 Personen  
getötet wurden.

Heimatisches.

Nastätten, 19. Mai 1922

„Achtzig Jahre „Concordia“. Das Wort  
vom „deutschen Wesen, an dem die Welt genesen“  
wird, dürfte für unsere vaterländischen Verhält-  
nisse umgeformt werden in: „An eurer deutschen  
Kunst verdet ihr genesen!“ Die deutsche Kunst,  
die hier in unserem Städtchen am 24., 25. und  
26. Juni ds. J. bei dem großen Gesangwettbewerb  
aus Anlaß des 80jährigen Bestehens des  
Gesangvereins „Concordia“ geboten werden wird,  
soll zeigen, daß wir in dieser Hinsicht nicht mehr  
Leidende sind. Denn, wo insgesamt 30 Vereine  
von auswärtig weitestgehend zugelassen haben, da ist  
solch rege Geistigkeit in der Tat das Wunder-  
mittel zur Ueberwindung körperlicher und seelischer  
Lasten. Gesungen wird in fünf Klassen, und  
für jede stehen wertvolle Preise in schöner An-  
zahl zur Verfügung. Daß es in allen Klassen  
zu äußerst harten Kämpfen in „friedlichen Wett-  
streite“ kommt, dafür bürgen die Namen der am  
Wettstreite beteiligten Vereine. In der Stadt-  
klasse nehmen teil: Elstein-Caub, Harmonie-  
Rüdesheim, Liedertafel-Metternich, M. = G. = V.  
St. Goarshausen. In der ersten Landklasse:  
Concordia = Singhofen, Freundschaft = Bornich,  
G. = V. Kapenelobogen, M. = G. = V. Nieblen,  
M. = G. = V. Nievern. In der zweiten Landklasse:  
Eintracht = Camp, Eintracht = Strüß, Lieberkranz-  
Lohrheim, Lieberkranz = Niehlen, Cäcilie = Pohl,  
Eintracht-Mariensfeld. In der Klasse der nicht  
preisgekrönten Vereine: Eintracht = Holzhausen,  
Lieberkranz = Welterod, G. = V. Rüdershausen,  
Eintracht-Weißel, Eintracht-Preßberg, Lieberkranz-  
Vogel, Concordia = Niedermellingen, Harmonie-  
Nettershain, Germania-Buch. In der B-Klasse:  
Eintracht = Obertiefenbach, Kirchenchor Nastätten,  
Concordia = Born, Lorelei = Niedermallmenach,  
Lorelei-Lipporn, Cäcilie = Nanzel, Concordia-  
Vettenborn, Eintracht = Espenschied. Aus dieser  
Aufzählung ist ersichtlich, daß der Wettstreit auch  
wirklich auf der Höhe stehen wird. Der fest-  
gebende M. = G. = V. „Concordia“ wird keine

Wähe und keine Kosten scheuen, einen des hohen  
Zweckes würdigen Tag zu veranstalten, dem  
deutschen Lied zum Preis, der Heimat zur Ehr,  
dem Vaterland zur Wehr.

Das Finanzamt macht in vorliegender  
Nummer bekannt, daß dasselbe vom 22. ds.  
Mts. bis auf weiteres für den Verkehr mit dem  
Publikum nur noch Dienstags vormittags von  
8—12 Uhr geöffnet ist.

Preiserhöhung für Schulhefte. Der Verein  
deutscher Schreibstofffabriken erhöhte ab 12. Mai  
die Preise für Schulhefte je 100 Stück auf 425  
Mark.

Welterod, 17. Mai. Nachdem Herr  
Körster Kuppert ab 1. Mai aus seinem 13jährigen  
Wirkungskreis als braver Beamter von hier nach  
Bad Ems versetzt ist, hat er gestern samt seiner  
Familie endgültigen Abschied von der Gemeinde  
genommen, wobei ihn der Gesangverein mit  
einem schönen Abschiedsliede beehrte. Wir  
wünschen Herrn Kuppert in seinem neuen Wirk-  
ungskreis das Beste Wohlergehen und beglück-  
wünschen die neuen Gemeinden zu einem solchen  
pflichttreuen und sich doch stets in Allem anpas-  
senden Beamten. Dieses folgt sicher nicht allein  
aus der Gemeinde Welterod, sondern auch von  
den beteiligten Bürgermeistern und Gemeinden  
Lipporn und Strüth.

Aus Hessen-Nassau, 19. Mai. Der  
Gewerbeverein für Nassau hielt in Anspach im  
Lanunus seine Hauptversammlung ab, an der 250  
Vertreter der Lokalvereine, Innungen und Hand-  
werkerverbände Nassaus teilnahmen. Von einzelnen  
Antragstellern wurden ganz unbillige Zustände  
bei der Einschätzung zur Gewerbesteuer aufgedeckt.  
Auch die Frage der Holz- und Kohlenbeschaffung  
und des Werkholzes fand eingehende Beratung.  
Gegen die Schwarzarbeit, die Wanderlager und  
die Mißstände beim Submissionswesen wurde  
erneut Stellung genommen.

Wiesbaden, 19. Mai. Am Dienstag fand  
im Landeshaus eine außerordentliche Versammlung  
der Landwirtschaftskammer statt, an der Regie-  
rungspräsident Momm, Regierungsrat Goltz und  
Landesrat Schlüter teilnahmen, sowie Ver-  
treter verschiedener Genossenschaften. Es wurden  
1 500 000 M. Mehrkosten für die Schulbauten  
in Höchst, Jbsteln und Limburg nachbewilligt.  
An den Garantiefonds für den 3. nassauischen  
Bauerntag beteiligt sich die Kammer mit 100 000  
M. Hinsichtlich der Melioration der Wester-  
wälder Viehweiden wurde mitgeteilt, daß eine  
Summe von 3 Millionen Mark gesichert ist. Für  
die Altershilfe wurde ein Betrag von 10 000  
M. bewilligt. Ueber drei neue Entdeckungen  
auf dem Gebiet der Maul- und Klauenseuche be-  
richtete Regierungs- und Veterinär Dr. Schipp.  
— Durch einen Sprung aus dem Fenster suchte  
sich heute Morgen die 49jährige Frau Johanna  
Zacharias, Sedanplatz 4, das Leben zu nehmen.  
Sie erlitt Bein- und innere Verletzungen und wurde  
von der Sanitätswache nach dem städtischen Kranken-  
haus gebracht.

Spd. Frankfurt, 17. Mai. An der Ecke  
Theaterplatz und Goethestraße stieß ein meistens  
mit Ausländern besetzter Fremdenrundfahrtwagen  
mit einem Zuge der Straßenbahnlinie 3 zusam-  
men. Der Wagen wurde umgeworfen, sämtliche  
Insassen stürzten hinaus, wobei fünf von ihnen  
schwere Verletzungen erlitten. Die übrigen wurden  
leichter verletzt. — Bei den umfangreichen Streifen  
der Sittenpolizei in den beiden letzten Nächten  
wurden wiederum 70 der Gewerbeunzucht ver-  
dächtige Frauenspersonen festgenommen, von  
denen der größte Teil geschlechtskrank war. —  
Seit der Aufhebung der öffentlichen Häuser hat  
sich die Zahl der heimlichen Prostituierten ganz  
erheblich gesteigert.

Vermischtes.

Für die Pfingstzeit sind zahlreiche  
Konferenzen, Kongresse und Jahresver-  
sammlungen von gewerblichen und gewer-  
lichen Berufen anberaumt worden, die sich  
aus den zahlreichen Interessenfragen er-  
klären, die alle Kreise beschäftigen. Die  
deutsche Gastfreundschaft in Stadt und Land  
ist bekannt, und mancher Kongressbesucher  
wird auch in diesem Jahre darauf rechnen,  
und sich nicht getäuscht haben. Aber der  
Fortschall der Reisebrotmarken wird doch in  
diesem Jahre lästig empfunden werden.  
Eine polizeiliche Abmeldung und Wieder-  
anmeldung ist für einige wenige Tage nicht  
wohl angängig, und es wird daher kaum  
etwas anderes übrig bleiben, als mar-  
kenfreies Brot zu höherem Preise zu  
kaufen.

Der Bäckerstreik in Halle beendet.  
Der Streik der Bäckergehilfen in Halle ist  
beendet, nachdem der Magistrat der Er-  
höhung des Brotpreises zugestimmt hat.

Postbeamte als Räuber. Im No-  
vember 1920 wurde ein Raubüberfall durch  
zwei maskierte Räuber auf das Postamt  
Gelsenkirchen-Wedendorf verübt, bei dem  
die Täter unter Androhung von Waffen-  
gewalt eine Geldkiste mit 108 000 Mark ent-  
wendeten. Die Täter konnten damals nicht  
ermittelt werden. Jetzt ist es durch einen  
ungewöhnlichen Umstand möglich gewesen,  
den Raubüberfall aufzuklären. Bei der  
Güterabfertigung des Gelsenkirchener  
Bahnhofs wurden in der letzten Zeit fort-  
gesetzt wertvolle Gütersendungen entwen-  
det. Bei den Nachforschungen nach den  
Tätern ergab es sich, daß Postbeamte mit  
der Post verhandelte Briefe gestohlen hatten,  
und es stellte sich heraus, daß auch der  
Raubüberfall von zwei Postbeamten ausge-  
führt worden war. Bisher sind zehn Post-

beamte, die in die Betrugsaffäre verwickelt  
sind, verhaftet worden.

Gewaltiger Brand in Oberammer-  
gau. Beim ersten Hauptspiel in Ober-  
ammergau war das Passionstheater bis auf  
die billigeren Plätze ausverkauft. Unter  
den Zuschauern befanden sich zahlreiche  
Ausländer, vor allem Amerikaner, Eng-  
länder, Holländer und Spanier. Für den  
Darsteller des Apfels Thomas, der in der  
vergangenen Woche an Lungenerkrankung  
gestorben ist, spielte ein Ersatzmann.

Nielsenaußsperrung in Süddeut-  
schland. Der Konflikt in der süddeutschen  
Metallindustrie hat infolge der Nichtan-  
erkennung der 48stündigen Arbeitswoche  
durch die Arbeitgeberorganisationen eine Ver-  
schärfung erfahren. Infolgedessen wird  
die vom Verband der Metallindustriellen  
angekündigte Aussperrung der Metallar-  
beiter in den Bezirken Frankfurt, Darm-  
stadt, Hanau, Lissbach und Oberursel in  
Kraft treten. Von der Aussperrung wer-  
den etwa 30 000 Arbeiter betroffen.

Das gefährliche Paket. Der an der  
Hedelberger Oberrealschule tätige Pro-  
fessor Kassewitz hatte wiederholt Drohbriefe  
erhalten, weil er einige Schüler zu Unrecht  
von der Schule entsetzt und damit ihre Zu-  
kunft vernichtet haben sollte. Als Kassewitz  
dieser Tage mit seiner Tochter nach Hause  
kam, lag vor seiner Wohnung ein Paket.  
Er öffnete es. Dabei flog das Paket explo-  
sionsartig auseinander. Kassewitz wurde  
im Gesicht schwer verbrannt. Seine Tochter  
erlitt leichtere Verletzungen.

Bom Erzherrzog zum Banfange-  
sten. Der österreichische Erzherrzog Leopold,  
der unter dem Namen Leopold Böfking  
lebt und schwerer Nahrungsmitteln wegen  
sich noch kürzlich in Berlin als Conferencier  
in einem Kabinett betätigt, hat in Wien  
eine Stelle als Kassierer der Deutschen  
Bodenbank gefunden.

Der große Pariser „Preis der Luft“.  
Von 18 am Sonntag in Paris im Garten  
der Tuilleries im Grand prix Spherique  
aufgestiegenen Ballons sind nach bis jetzt  
im Aeroflug eingetroffenen Meldungen 2  
gelandet, darunter einer bei La Rochelle.

Großer Fabrikbrand in Württem-  
berg. In Heidenheim ist der größte Teil  
der Fabrikanlagen der Württembergischen  
Rattummanufaktur abgebrannt.

Güterdiebstähle im Hamburger Hafen.  
In Hamburg mehren sich die Fälle, in  
denen Güter im Hafen gestohlen werden,  
während die Stadt früher als ziemlich  
„sicher“ in dieser Beziehung galt. Erst  
kürzlich mußten an einem Tage zwölf Per-  
sonen zur Wache gebracht werden, die ge-  
stohlene Sachen (Kaffee, Kakao usw.) mit  
sich führten. Erstaunlich ist es, daß von sei-  
ten der Hamburger Hafenarbeiter die Ent-  
fernung der grünen Ordnungspolizei aus  
dem Hafen verlangt wird, die alle Hände  
voll zu tun hat, um die umfangreichen  
Diebstähle nach Möglichkeit zu verhindern.

Munitionsexplosion in Amiens. In  
Amiens (Frankreich) ist ein Lager von  
deutschen Granaten explodiert. Das Depot  
stand jedoch so isoliert, daß weder Verlaste  
an Menschenleben zu beklagen sind noch  
nennenswerter Materialschaden entstan-  
den ist.

Schwimmende Minen im Atlantik.  
Radiotelegramme melden, daß im Atlan-  
tischen Ozean schwimmende Minen gefun-  
den worden sind, die für die Schifffahrt eine  
große Gefahr bedeuten.

Gerichtliches.

Das Urteil im „Storkow“-Prozess. In  
der Verhandlung des Dampferzusammen-  
stoßes — auf dem Wannsee im vorigen  
Jahre — vor der Potsdamer Strafkammer  
wurde das Urteil gefällt. Der Angeklagte  
Wilhelm Michelmann, der den Zusammen-  
stoß, bei dem 14 Personen umkamen, ver-  
schuldet hatte, wurde wegen fahrlässiger  
Tötung unter Verlesung der Berufspflicht  
und der fahrlässigen Versenkung eines  
Schiffes zu zwei Jahren Gefängnis ver-  
urteilt.

Wer haftet für nichtzahlende Zwangs-  
mieter? Ein interessantes Urteil über  
diese Frage hat kürzlich das Amtsgericht  
Berlin-Mitte gefällt. Die Stadt Berlin  
wurde verurteilt, für einen Zwangsmieter,  
den das städtische Wohnungsamt einer  
Eigentümerin in der Wandelstraße zu Ber-  
lin aufgebüdet hatte, die Miete zu entrich-  
ten. Die Hauswirtin hatte gegen die Zu-  
weisung des Zwangsmieters ergebnislos  
Einpruch erhoben. Nun muß die Stadt  
zahlen, weil der Zwangsmieter nicht zahlte.

Preßeknebelung in Polen. In Brom-  
berg wurde von dem Schöffengericht der  
Redakteur Coake von den „Deutschen Nach-  
richten“ wegen „potenfeindlicher Gesin-  
nung“ dem Antrage des Staatsanwaltes  
entsprechend zu 10 000 Mark Geldstrafe  
verurteilt, an deren Stelle im Falle der  
Nichtzahlung für je 150 Mark ein Tag  
Gefängnis tritt. Der Anklage lag ein Ar-  
tikel „Attade auf Schautelspannen“ zu-  
grunde.

Handel und Verkehr.

Erleichterte Fleischfuhr nach Pren-  
ßen. Der preussische Landwirtschaftsmini-  
ster hat bestimmt, daß die durch Erlass vom  
12. Dezember 1921 zugestandene Erleichter-  
nung für die Einfuhr von Rindern und in-  
neren Organen von Rindfleisch, Schweinen,  
Schafen und Ziegen in frischem Zustand bis  
auf weiteres in Kraft gelassen wird. Eben-  
so wird die in dem Erlasse zugestandene  
Einfuhr von Organen in gefrorenem Zu-  
stande bis auf weiteres gestattet.

**Bekanntmachung.**

Die feierliche Einweihung des Ehrenfriedhofes soll am **Samstag, den 28. Mai ds. Js.** stattfinden. Zugordnung und Programm werden noch bekannt gegeben. Nastätten, den 18. Mai 1922.

Der Bürgermeister: Wasserloos.

**Bitte.**

Zur Ausschmückung des Ehrenfriedhofes für den 28. Mai sind lebende Blumen in Töpfen erwünscht. Ich richte deshalb an die Bürgerchaft die Bitte, für den gedachten Zweck freundlichst Spenden und ausbelfen zu wollen. Empfangnahme der Blumen auf dem Friedhof an Ort und Stelle: Samstag, den 27. Mai, von nachmittags 2 Uhr ab.

Nastätten, den 18. Mai 1922.

Der Bürgermeister: Wasserloos.

**Bekanntmachung.**

Der Kanzleisekretär Karl Maxheimer von hier ist an Stelle des verstorbenen Kassierers Wilhelm Seibel zum Vorsteher des Schöpfungsamtes Nastätten ernannt worden.

Nastätten, den 16. Mai 1922.

Der Magistrat: Wasserloos.

**Öffentliche Bekanntmachung.**

Das Finanzamt St. Goarshausen ist vom 22. Mai ab bis auf Weiteres für den Verkehr des Publikums nur noch geöffnet: Dienstags von 8-12 Uhr vormittags.

Diese Maßnahme ist im Interesse einer möglichst baldigen Durchführung der Einkommen- und Umsatzsteueranlagung für 1921 dringend geboten. Die Steuerpflichtigen werden gebeten, diese Zeit inne zu halten, da sie sonst Gefahr laufen, von den zuständigen Abteilungen zurückgewiesen zu werden.

Die Herren Bürgermeister des Bezirkes des Finanzamtes werden gebeten, im Interesse der Bevölkerung vorstehende Bekanntmachung ortsbüchlich bekannt zu geben.

St. Goarshausen, den 17. Mai 1922.

Das Finanzamt.

**Eberversteigerung.**

Dienstag, den 23. Mai 1922, vormittags 9 Uhr wird ein gut genährter schwerer



**Gemeinde-Eber**

dahier öffentlich versteigert.

Miehlen, den 18. Mai 1922.

Der Bürgermeister: Ludwig.

**Geschäfts-Empfehlung!**

Unseren bisherigen Verbrauchern zur gefl. Nachricht, daß ich unter der Firma

**Hubert Hiestand, Münchenroth**

techn. Öle und Fette ein Lager in allen einschlägigen Artikeln in bester Qualität unterhalte.

Das unserer Firma Gebr. Hiestand, Hofheim entgegengebrachte Vertrauen bitte ich nunmehr auf mich übertragen zu wollen und zeichne hochachtend

Hubert Hiestand, Münchenroth techn. Öle und Fette.

NB. Anfragen aus der Umgegend bitte von nun ab an mich richten zu wollen.

**Annahme und Tausch**

**Schaf- u. Lämmerwolle**

zu bekannt Ia. Strickgarn; auch Verkauf von Strickgarn.

H. Hübel, Nastätten (an der ev. Kirche).

Hans Jehle, Lord im Rheingau Weingutsbesitzer — Weingroßhandlung

Empfehle:

**Weiß- und Rotweine**

bis zu den feinsten Creszenzen

In Flaschen und Gebinden

Zweigniederlassung:

Fritz Hehner, Nastätten, Rheinstr. 28

**Schwemmsteine**

**Ringofenbacksteine**

**Biebricher Zement**

empfehle

**Baustoff-Handlung Jakob Gehner**

Telefon 47

Nastätten

Telefon 47

Zwei 4- und 6jährige

**Russen-Pferde**

(Klappen), 1,33 und 1,35 Meter hoch, garantiert jugfest und fehlerfrei, evtl. mit Plattgeschirr zu verkaufen.

Karl Wad, Nastätten.

Dieselbst ist auch ein **Breal** (für jeden Geschäfts-Betrieb passend) zu verkaufen.

Gut erhaltener

**Drilling**

zu kaufen gesucht. Kal. 16. Centr. Bedingung: Bester Beschluß, gute Schußleistung. Offerten unter „N. E. 50“ an den Verlag ds. Blattes.

Gut erhaltener

**Schliess-Korb**

zu kaufen gesucht. Cuandt, Werkstättenvorsteher.

**Kopfsalat Radieschen**

empfehle Gärtnerei E. Wölfert Nastätten: Oberstraße.

**la. Speise-Eis**

(abwechslend: Vanille, Mokka, Schokolade, Himbeer, Aprikosen und Pfirsich), sowie Eis-Kaffee und Eis-Schokolade in bekannter Qualität.

Cafe Hagel, Nastätten (Nähe Bahnhof).

**Motoröl**

empfehle Wih. Gill, Nastätten.

Alle Sorten Gemüse Kopfsalat Rhabarber Salatpflanzen Römisch Kohl pflanzen starke Tomaten hat abzugeben: Die Gärtnerei des Kaiser-Wilhelmheim.

Frisch eingetroffen: geräuch. Lachsheringe Riesen-Rollmöpfe (mit Butter) Neue Bratheringe u. a. m. empfehle H. Ackermann, Nastätten — Telefon 78. —

**Guss-Töpfe**

neu eingetroffen bei E. Knoche, Nastätten (gegenüber Kaufhaus Schenk).

**Klavier-**  
Stimmen  
Reparieren  
Eintausch  
Vermieten  
Transporte  
besorgt zuverlässig  
**C. Mand**  
Coblenz  
Schloßstr. 26/28  
Tel. 5

**Senf-Samen**

frisch eingetroffen. Wih. Gill, Nastätten.

**„Hotel zur alten Post“ Nastätten**

Am Himmelfahrtstage

**Große Tanzmusik**

wozu höflichst einladet Eduard Recken.

**„Hotel Früh“, Miehlen.**

Am Himmelfahrtstage, von nachmittags 3 Uhr ab

**Große Tanzmusik**

wozu freundlichst einladet Der Besitzer.

Kein Weinzwang!

Sonntag, den 21. Mai, von nachm. 3 Uhr ab in Bettendorf

**Großes Tanzvergnügen**

wozu freundlichst einladet Gastwirt Hoff.

Ehrlichste Musik! Getränke nach Belieben!

**ACHTUNG!**  
**Bulli-Licht**  
Elektrische  
Fahrrad-Beleuchtungen  
neu eingetroffen  
**Elektro-Motore**  
sofort ab Lager lieferbar  
**G. Taube & Co.**  
Licht- und Kraftanlagen-Gesellschaft  
St. Goarshausen a. Rh.

**STROH-HÜTE**

für Herren, Knaben und Kinder, die neuesten Formen in reicher Auswahl zu besonders billigen Preisen im Hüte- und Mützensgeschäft Heinrich Heuser Telefon 77 Nastätten Oberstr. 6

**Oberschlesier überall!**

Wer über die Vorgänge in der Heimat unterrichtet sein will, der bestelle bei der Post den

**„Oberschlesischen Wanderer“**

(Bezugspreis monatlich 25 Mark) die älteste und bei weitem verbreitetste Tageszeitung, das bewährteste Anzeigenblatt Oberschlesiens.

Wer Personal oder Stellung sucht, etwas kaufen oder verkaufen will, wer Geschäftsverbindungen im kaufkräftigen Oberschlesien anknüpfen will, erreicht dieses am schnellsten durch eine Anzeige im „Wanderer“. — Zur Zeit werden von vielen Leuten, die das polnisch werdende Gebiet verlassen wollen, neue Existenzen im Reich gesucht. Wer kein Grundstück, Geschäft, Fabrik, Gastwirtschaft oder Gut verkaufen will, erreicht dies mit verblüffendem Erfolg durch eine Anzeige im „Wanderer“, Gleiwitz.

Anzeigen für den „Wanderer“ werden in der Geschäftsstelle des „Rhein- und Bahn-Anzeiger“ ohne jeden Aufschlag entgegen genommen. Die 37 mm Anzeigenzeile kostet Mk. 4.—

**Turner-Hosen und -hemden**

in grosser Auswahl neu eingetroffen. Kaufhaus SALOMON STERN, Nastätten.

Damen- und Herren-Frisurgeschäft Bernhardt Adolfsplatz 1 Nastätten Adolfsplatz 1 Parfümerie- und Toilette-Artikel

**Haarschmuck reichhaltigster Auswahl**

in einfachster und feinsten Ausführung. Haarschmuck-Reparatur. Ia. starke Ware Friseur-, Staub-, Herrn- und Eiertämme in Hartgummi, Horn und Celluloid

**Toilette-Artikel**

Haarwässer, Feinseifen, Seifedosen, Hand-, Tisch- und Reise-Spiegel, Taschen-Toilettes, Zahnbürsten, Kopfbürsten, Handwaschbürsten, Spezialität: Haargarnituren, Spangen und Pfeile von 12.— Mark aufwärts

**Spuclos**

verschwunden und alle Hautunreinigkeiten und Hautausschläge, wie Blüthen, Milium, durch täglichen Gebrauch der schon

**Steckenpferd-Teerschwefel-Seife**

von Bergmann & Co., Radchen, Zu hab. I. d. Apoth., Drog. u. Parfümerien.

**Verein „Aurora“ Nastätten.**

Samstag, den 20. Mai 1922, abends 8 1/2 Uhr

**Berjammlung**

bei unserem Mitgliede Grog (Bahnhof-Restaurant). Tages-Ordnung: Aussprache über die Einweihung des Ehrenfriedhofes am Himmelfahrtstage. Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwünscht. Der Vorstand.

**Mädchen**

das gut schneiden kann, wird gegenwärtig Vergütung vorübergehend ein Unterkommen gesucht. — Näheres in der Geschäftsstelle ds. Blattes.

**Garten-Draht Stachel-Draht**

verzink. Draht Verputz-Draht empfehle

E. Knoche, Nastätten (gegenüber Kaufhaus Schenk).

Muffler-Kufete-Sorleth's-Mährzucker empfehle

Apotheke in Nastätten.

**Gips**

eingetroffen und gibt ab Baustoffhandlung Jakob Gehner, Nastätten.

**Maschinen-Motoren-Cylinder-Centrifugen-Fußboden-Wagen-Leder-Maschinen-**

**Oele** Leder-Tran Carbolineum

Riemenwachs, Leinöl alle streichfert. Farben Waschmittel, Ia. Kern- u. Schmierseife, Seifenpulver, Ia. Schuhcreme off. in bester Qual. billigst

**Hub. Hiestand**

techn. Öle und Fette Münchenroth.

**Zur Hautpflege**

empfehle prima Hautcreme, sowie feinste Toilettenseifen. (zu billigen Preisen vorrätig) Fein- und Parfümerie-Geschäft

Albert Spriestersbach Nastätten (a. d. ev. Kirche).

**Schnittsalat, Radieschen**

Frühjahrs-Flor, blühende Topf- und Blatt-Pflanzen Rosen und Rhabarber empfehle

Gärtnerei Ackermann, Miehlen.

**frische Fische**

am Dienstag und Mittwoch zu haben R. Ackermann, Nastätten Fernsprecher Nr. 78.

**Irrigatoren und Ersatz-Teile**

Klystier- und Wundspritzen empfehle

Amts-Apotheke Nastätten.